

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8. 32. Jahrg.

21. Febr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Reaktion:

Adolf Donnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-89. Redaktionschluss: Montag, Telefon: Am Nord 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Die Sozialisierung der Gewerkschaften. Rundschau. Kriegssopfer hinter der Front. Sind die Gewerkschaften überflüssig geworden? Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Siedelungswesen. — **Allgemeines:** Der tarifliche Mindestlohn. Ein altes Lied vom Zahlen. Ablehnung der Gehilfenforderungen im Buchbindergewerbe. Ortsberichte: Altenburg, Mannheim. — **Der Lithograph:** Kartographenagitation in Berlin. — **Die photo-mechanischen Fächer:** An die Chemigraphenkollegen im Reich! Ortsberichte: Düsseldorf, Leipzig, Mannheim, München, (Chemigraphen). — **Graphische Technik:** Zylinderaufzug und Feuchtapparat. II. — **Opfer des Krieges. Anzeigen.**

Die Sozialisierung der Gewerkschaften.

Der Krieg, die Lokomotive der Weltgeschichte, hat der Revolution Türen und Tore weit hin geöffnet und alle Hindernisse, die ihr vor dem Kriege den Weg versperrten, glattweg beseitigt. Die Revolution mit ihrem Gefolge hat denn auch ihren Einzug gehalten und alles von Grund auf verändert und umgewälzt. Die alte, gottgewollte Abhängigkeit und Ordnung ist elend zusammengebrochen und das Gottesgnadentum hat heldenhaft Reißaus genommen. Throne und Thronchen sind verschwunden und Dutzende von Kronen in den Sand gerollt. Die alten politischen Reaktionssäulen liegen zerschmettert im Staube der Vergangenheit und neues, freiheitliches politisches Leben blüht auf den Ruinen. Das deutsche Volk hat sein Schicksal selbst in die Hand genommen und ebnet dem Fortschritt die Bahn zu einer Freiheit für alles, was Menschenanzicht trägt.

Aber auch das Wirtschaftsleben ist in den Strudel dieser Neuordnung hineingeraten. Auch hier gärt und brodel es wie in einem Hexenkessel. Fieberschauer auf Fieberschauer schüttelt den Wirtschaftsleib und versetzt bald diesen, bald jenen Teil in Untätigkeit. Absicht und Bestreben ist, dem Produktionsprozeß die kapitalistische Form zu nehmen und ihn in das Gewand des Sozialismus zu kleiden. Immer stürmischer werden die Rufe nach Sozialisierung der Produktionsmittel und immer banger wirds dem Kapitalismus um seinen Liebling Profit. Das Durcheinander ist groß, alles stodert; noch ist nicht abzusehen, was die Zukunft alles zu bringen vermag.

In den Ruf nach einer sofortigen Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit mischt sich der Ruf nach Sozialisierung der Gewerkschaften. Man weiß eigentlich gar nicht so recht mit dieser Forderung etwas anzufangen und auf der Suche nach den Gründen stößt man auf zwei Anträge, die Aufklärung geben. Die »Graph. Presse« veröffentlichte beide Anträge in Nr. 2 vom 19. Januar 1919, die kurz zusammengefaßt besagen, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften die revolutionäre Energie der Arbeiter unterbunden habe, also revolutionsfeindlich sei, daß die Gewerkschaftsführer gegen die sofortige Sozialisierung der Produktionsmittel aufzutreten wären und daß die Taktik der Gewerkschaften während des Krieges den revolutionären Klassenkampf vollständig lahmgelegt hätte und eine Reformierung der

Gewerkschaften von innen heraus vollständig ausgeschlossen sei. Es wird deshalb die Bildung revolutionärer, örtlich begrenzter Arbeiterorganisationen gefordert und man sieht in der Einheitsorganisation, die die kommunistische Partei Deutschlands sein soll, die richtige Lösung der Frage.

Wörtlich genommen ist in den beiden Anträgen keine Spur von Sozialisierung zu finden, sondern man verfiel die alte Forderung der Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaft. Auf diese Frage brauchte gar nicht eingegangen zu werden, weil sie schon zu Dutzenden von Malen abgehandelt worden ist. Da aber die Gewerkschaften keine konstanten Gebilde sind, sondern genau wie alle anderen Dinge dem ewigen Wechsel und Fluß unterworfen sind und da den Gewerkschaften dauernd neue, zum großen Teil ungeschulte Massen zuströmen, ist es nützlich, notwendige Arbeit, wenn die alten Fragen gerade in der Jetztzeit wiederum behandelt werden.

Der Ruf nach einer Einheitsorganisation, die neben den politischen auch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft führen soll, ist nicht neu. Gleich an der Wiege der Arbeiterbewegung schob sich die Frage in den Vordergrund und löste heftige Kämpfe aus. Selbst Karl Marx, der größte und bedeutendste Lehrer der Arbeiterschaft, läßt sich als Kronzeuge für die Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung benützen, obwohl es Marx in erster Linie darauf ankam, die Arbeiter überhaupt zu organisieren. Aber trotz dieser Auseinandersetzungen und Kämpfe hat sich überall die getrennte Organisationsform durchgesetzt, ist historisch geworden. Nicht allein aus gesetzlichen Gründen, sondern in der Hauptsache deshalb, weil die Bestrebungen beider Arme der Arbeiterbewegung auseinandergingen, jeder Teil für sich andere Aufgaben zu lösen hatte. Wohl sind beide Arme der Arbeiterbewegung eins in ihrem Endziel, weil eben ihre Notwendigkeit eine Grundlage hat. Beide haben als Endziel die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus und diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Sind sie also in ihrem Endziel eins, so sind sie in ihrer Taktik, in ihrer Organisationsform getrennt.

Die Notwendigkeit der getrennten Organisationsform ergab sich aus der Verschiedenartigkeit der zu lösenden Aufgaben. Während die Partei den politischen Kampf gegen die herrschende Gesellschaft führte übernahm die Gewerkschaftsbewegung den wirtschaftlichen Kampf. Ihr oberstes Gesetz war und ist, die Arbeitskraft, das einzige Gut des Arbeiters, so teuer als möglich zu verkaufen. Da nun das Kapital ohne die Arbeitskraft des Arbeiters nicht im Stande ist zu existieren, die Arbeitskraft ist der einzige mehrwertzeugende Faktor im Produktionsprozeß, so lag dem Kapital daran, diese Arbeitskraft zu bekommen und zwar so billig als nur irgend möglich. Denn je billiger die Arbeitskraft, um so größer der Mehrwert, je stärker die Ausbeutung dieser Kraft, desto größer der Profit. In der Gegensätzlichkeit beider liegen die Gründe zu gegenseitiger Reibung. Je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse versucht Kapital

und auch Arbeit seine Lage zu verbessern; Streiks und Aussperrungen sind die Ergebnisse dieser gegenteiligen Interessenverfechtungen, die letzten Endes doch wieder ein Zusammenfinden gebären mußten. In Schriftsätzen wurde meistens nach solchen Auseinandersetzungen niedergelegt, was in Zukunft Rechtens sein sollte und als höchste Entwicklung der schriftlichen Fixierung des Arbeitsverhältnisses präsentierte sich der Tarif. Obwohl wiederholt gegen den Abschluß von Tarifen Sturm gelaufen worden ist, kommt man immer wieder unter allgemeiner Zustimmung der betreffenden Arbeiterkategorie zum Tarifabschluß, sobald dadurch eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wird. Daß solche Tarife die Handelsfreiheit der Arbeiter einengen, ja zum Teil sogar direkt ausschalten, ist zuzugeben, aber andern Teils ist zu betonen, daß auch die Handelsfreiheit der Unternehmer eingengt oder ganz beseitigt ist. An Stelle des ständigen Kampfes mit dem Unternehmertum tritt der etappenweise Kampf, der revolutionärer wirken kann, sobald einer einheitlich geschlossenen Unternehmergruppe eine starke, in ihrem Ziele klare Arbeiterschaft gegenüber tritt.

Mit diesen Ausführungen fällt zugleich die Auffassung, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften die revolutionäre Energie der Arbeiter unterbunden habe. Der Grad der revolutionären Energie der Arbeiter ist vielmehr abhängig von dem Grade der Einsicht in die treibenden Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft. Je tiefer diese Einsicht, um so energischer der Wille zum Handeln, um so größer die revolutionäre Energie. Kein Einzelner ist dann im Stande diesem revolutionären Willen und Handeln Einhalt zu gebieten und jeder der auch nur den leisesten Versuch machen würde läge im Nu als Wrak am Strande. Den Gewerkschaftsführern diese Macht des Einhaltens zuzuweisen ist gleichbestimmend der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft noch nicht reif ist sich selbst zu regieren, vielweniger noch eine fest verankerte Wirtschaftsform aufzuheben und an deren Stelle eine andere, bessere zu setzen.

Ob die Taktik der Gewerkschaften während des Krieges die richtige war, darüber gehen die Meinungen sehr stark auseinander. Absplitterungen, die sich ob dieser Meinungsverschiedenheiten am Körper der Gewerkschaftsbewegung zeigten, sind wieder beseitigt und stärker denn je stehen die Gewerkschaften im Brennpunkt des Wirtschaftskampfes. Über die Tätigkeit während des Krieges wird noch zu befinden sein und wenn das Urteil, daß noch zu fällen ist und deshalb noch aussteht, ergibt, daß in arbeiterfeindlichem Sinne gehandelt worden ist, dann werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch die Energie finden und besitzen, die Sünder zur Verantwortung zu ziehen und begangene Fehler wieder gut zu machen.

So ergibt sich denn aus dem Rufe nach Sozialisierung der Gewerkschaften die alte und doch immer wieder neue Erkenntnis, nicht lahm zu werden im Erkennen der treibenden Kräfte in Wirtschaft und Gesellscha

Die alten Schranken, die vordem eine Befähigung der Gewerkschaften in diesem Sinne ausschlossen, sind gefallen und da die Gewerkschaften die erste Form klassenbewußter Organisation sind, haben sie die Pflicht, auch nach dieser Richtung hin in umfassender Weise Aufklärung zu verbreiten. Wohl hat die Revolution die alten reaktionären politischen Gewalten beseitigt und freiheitliche Reformen durchgesetzt, aber soweit die wirtschaftliche Seite dabei in Betracht kommt, ist vorläufig noch damit zu rechnen, daß der Kapitalismus weiter bestehen wird und erst nach und nach die Sozialisierung der Produktionsmittel möglich sein wird. Bis dahin darf und kann die Arbeiterschaft nicht auf ihre Gewerkschaften verzichten, weil unter dem Kapitalismus eine Harmonie mit der Arbeiterschaft unmöglich ist. Ist erst die Sozialisierung der Produktionsmittel durchgeführt, die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft aufgerichtet, dann mögen auch die Gewerkschaften in die Rumpelkammer der Vergangenheit wandern und dort ein beschauliches Dasein führen, denn dann erst ist der Mensch wirklich Mensch geworden. Dieses hohe Ziel zu erreichen, soll Leitmotiv allen Handelns sein und die Gewerkschaften können einen schönen Teil zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Das möge nie und nimmer vergessen werden. hr.

Rundschau.

Für planmäßige Sozialisierung und gegen Spartakus. Am 2. Februar fanden in Bochum und Dortmund und am 4. Februar in Essen Vertrauensmännerkonferenzen statt, an denen alle Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet teilnahmen, um zu den planlosen Sozialisierungsmaßnahmen auf einzelnen Zechen, den wilden Streiks, sowie zu den Arbeiterausschüß- bzw. Räteähnlichen Stellung zu nehmen. Nach vollständigen eingehenden Verhandlungen wurde folgende Entschließung angenommen: »Die Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stimmen darin überein, daß die Sozialisierung der Bergwerke erstrebt werden muß. Der Sozialisierung muß aber naturgemäß die Demokratisierung der Betriebe vorausgehen. Eine Sozialisierung von heute auf morgen, ohne daß die nötigen Vorbedingungen dazu erfüllt sind, würde besonders in jetziger Zeit ein Experiment sein, das ungeheuren Schaden für ganz Deutschland heraufbeschwören würde. Die Vertrauensmänner erkennen an, daß gerade durch die Gewerkschaftsarbeit die Demokratisierung der Betriebe seit Jahrzehnten erstrebt wurde und allein auch durch sie erreicht werden kann. Ist dies geschehen und das Wirtschaftsleben in ruhige Bahnen geleitet, dann ist der Weg frei zur Sozialisierung der Gruben. Die Vertrauensmänner verurteilen ganz entschieden die in letzter Zeit von gewissenloser Seite gegen die Gewerkschaften und ihre Führer entfachte Hetze und geloben auch weiterhin, für die Stärkung ihrer Organisation einzutreten, da sie wohl wissen, daß die heute großen Reden führenden Schreier und unorganisierten Stützen der Reaktion den Arbeitern nicht helfen, sondern sie nur ins Elend stürzen werden. Die Vertrauensleute erklären ferner, daß die wilden Streiks unterbleiben und alle Streitfragen, Wünsche und Beschwerden auf dem Verhandlungswege erledigt werden müssen.« Diese Entschließung wurde in Bochum und Dortmund einstimmig, in Essen gegen eine Stimme angenommen.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation, die vor dem Kriege über eine Million Mitglieder umfaßte, hat die Fäden nach allen Richtungen hin wieder angeknüpft. Jedenfalls wird im April oder Mai eine internationale Zusammenkunft von Vertretern der Transport- und Verkehrsarbeiter in Rotterdam stattfinden, um dort die internationalen Beziehungen neu zu ordnen sowie noch etwa vorhandene Schwierigkeiten schnell und gründlich zu beseitigen.

Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise ist auf Anordnung des Reichsarbeitsamts und des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung dem Staatlichen Reichsamts, Abteilung für Arbeiterstatistik in Berlin, Landgrafstraße 1, angegliedert worden. Wie das »Reichs-Arbeitsblatt« berichtet, soll der Schwerpunkt der zwischenörtlichen Arbeitsvermittlung in die über das Reich verteilten 25 Zentralauskunftsstellen verlegt werden, die auf Grund eigener Stellenlisten für den schlechtesten Ausgleich zwischen Arbeitsgesuchten und offenen Stellen innerhalb ihrer Bezirke zu sorgen haben. Die Reichszentrale soll keine Arbeitsvermittlung betreiben, sondern nur den zwischengebliebenen Ausgleich durch Herausgabe des wöchentlichen Arbeitsmarktzustandberichts fördern und durch geeignete Maßnahmen dahin wirken, daß die in Großstädten massenhaft überzähligen Arbeitskräfte schnelligst

den industriellen und landwirtschaftlichen Bedarfsgebieten zugeführt werden.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im 4. Vierteljahr 1918 stellte sich nach dem »Reichs-Arbeitsblatt« auf 1620 629 berufende Mitglieder an den Stichtagen vom Oktober 1918 (0,7 Proz.), 26 144 (1,8 Proz.) und 86 061 (5,4 Proz.). In den entsprechenden Monaten des Vorjahres betrug die Verhältniszahl 0,7, 0,7 und 0,9 Proz. Es trat also bereits im letzten Quartal 1918 eine sprunghafte Zunahme der Arbeitslosigkeit ein.

Die Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 ist durch eine Verordnung vom 1. Februar 1919 (»Reichsgesetzbl.« S. 132) dahin abgeändert, daß die Überwachungsstellen im Benehmen mit den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Anordnungen treffen können und daß eine Kündigung Schwerbeschädigter nicht vor dem 15. März 1919 erfolgen darf. Früher erfolgte Kündigungen werden erst am 15. März wirksam.

Mitteilungen für Kriegsbeschädigte. Bei der Eisenbahnverwaltung wird gegenwärtig die Einführung von Sonderabteilen für Schwer- und Kriegsbeschädigte, insbesondere für Beinamputierte und Kriegsblinde mit ihren Begleitpersonen in allen Personen- und Schnellzügen zum Fahrpreis der 4. Wagenklasse erwogen. — Zwei Verfügungen des Kriegsministers haben folgenden Wortlaut: Das allgemeine Prüfungsgeschäft fällt bis auf weiteres aus, Vorbereitungen dazu sind daher nicht zu treffen. Außerterminliche Nachprüfungen von Amts wegen sind auf das Äußerste zu beschränken. Sämtlichen Amputierten können für ein amputiertes Glied zwei Kunstglieder geliefert werden. Ein Unterschied zwischen Kunstbein 1 und 2 ist nicht mehr zu machen.

Aus dem Auslande.

Große Arbeitslosigkeit auch in Frankreich. Wie das Hamburger Fremdenblatt indirekt aus Straßburg erfährt, nimmt die Arbeitslosigkeit besonders im Elsaß und in Frankreich in sehr bedenklichem Grade zu. Nahezu alle Industrien stehen still. Im Norden und im Osten von Frankreich zählt man 600 000 bis 700 000 Arbeitslose, darunter 18 000 in Mülhausen und 5000 in Straßburg. Alle Arbeit ist lahmgelegt, teils, weil angeblich die Deutschen wichtige Maschinen verschleppten, teils hauptsächlich, weil infolge der Transportkrise keine Rohstoffe mehr kommen.

Kriegsopfer hinter der Front.

Der Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt Berlin für 1917, der soeben erst erscheint, eröffnet erschütternde Einblicke in die Leiden des Volkes während der Kriegszeit. Er darf wohl als Beispiel für andere Städte dienen, wo zweifellos dieselben grauenhaften Wirkungen festgestellt werden.

Unter der Rubrik »Einwirkung des Krieges« sind die gewaltig gestiegenen Abgänge durch Tod bei den Altersrentnern verzeichnet. Starben im Jahre 1916 bei 5879 lebenden Altersrentnern 250, so stieg die Todesziffer im Jahre 1917 bei 7538 Lebenden auf 644. Es vermehrte sich die Zahl der Altersrentner um etwa 28 Proz., während die Zahl der Todesfälle um nahezu 160 Proz. zunahm! Wenn auch die verhältnismäßig kurze Zeit, die seit der Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner verstrichen ist, kein absolutes klares Bild auf Grund der Ziffern gestattet, so offenbaren diese trockenen Zahlen doch schon eine erschreckende Summe menschlichen Elends. Der Hungertod hat namentlich unter der alten Generation der Arbeiterklasse reiche Ernte gehalten.

Aus der unzureichenden Ernährung erklärt sich auch die vergleichsweise hohe Ziffer bei der Umwandlung der Altersrente in — höhere — Invalidenrente. Um diese zu erlangen, ist der Nachweis der Invalidität, ohne Berücksichtigung der Alterserscheinungen, erforderlich. Im Jahre 1917 wurden 225 Altersrentner in Invalidenrentner umgewandelt, gegen 77 im Vorjahr! Also eine Vermehrung um mehr als 200 Proz., gegenüber einer Vermehrung der Zahl der Altersrentner um 28 Proz.

Auch bei den Invalidenrentnern, die ja zum übergroßen Teil aus erheblich jüngeren Leuten bestehen, hat der Tod in weit größerem Umfange wie bisher aufgeräumt. Es sind 4931 Invalidenrentner gestorben, gegenüber 3223 im Jahre 1916, das ist eine Steigerung in einem Jahre um mehr als 50 Proz.! Und das, obwohl die Zahl der Invalidenrentner von 34 063 auf 32 803 im selben Zeitraum gesunken ist! Als Todesursache spielt namentlich auch die Lungenschwindsucht eine Hauptrolle. Die Zahl der Erkrankungen an Schwindsucht ist von 708 im Jahre 1916 auf 960 im Jahre 1917, also um 252 oder mehr als 35 Proz. gestiegen.

Der Krieg hat uns um Jahrzehnte in der Bekämpfung dieser Proletariatsseuche zurückgeworfen! Zum erstenmal seit Bestehen des Gesetzes übersteigt in Berlin die Zahl der weiblichen Invalidenrentner die der Männer; 16 434 Frauen stehen 16 369 Männern gegenüber! Eine ungeheuerliche Anklage gegen die bisher herrschenden Gewalten, welche die unbeschränkte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft zuließen, namentlich während des

Krieges, wo alle Schranken gegen den Protest der sozialdemokratischen Fraktionen aufgehoben waren.

Bei den Invaliditätsursachen fällt die hohe Ziffer der Krankheiten der Muskeln und Gelenke besonders bei Männern auf. Von insgesamt 4832 sind es 2201, also 46 Proz. 1916 waren es allerdings 53 Proz., während es 1915 14 Proz. und 1914 gar nur 10 Proz. waren. Die große Mehrzahl davon sind kriegsbeschädigte Invalidenrentner, die offenbar in den Schützengräben und in den mangelhaften Unterkünften rheumatische Leiden, die zur Invalidität geführt, sich geholt haben. Von 6898 Anträgen auf Invalidenrente rührten 3123 allein von Kriegsbeschädigten her!

Sind die Gewerkschaften überflüssig geworden?

Das ist eine Frage, die vielen Arbeitern auf den Lippen schwebt. Ihr Auftauchen steht im scharfen Gegensatz zu der Tatsache, daß Arbeiter und Arbeiterinnen in hellen Scharen den Gewerkschaften zuströmen. Eine recht beachtenswerte Antwort gibt A. Knoll in der »Neuen Zeit«, wovon wir leider unter den jetzigen Verhältnissen nur einen Teil, aber, wie wir meinen, den wertvollsten Teil, unseren Kollegen unterbreiten können:

»Je höher entwickelt die Form des wirtschaftlichen Sozialismus ist, um so mehr scheidet dabei der Einzelwille aus und tritt der Kollektivwille an seine Stelle; und da besteht denn doch für denjenigen, der jemals auch nur einen Blick in das deutsche Gewerkschaftsleben hineingeworfen hat, eine unbestreitbare Tatsache, daß in den Gewerkschaften und gerade in ihnen der Kollektivwille der Arbeiterschaft bis heute seine beste Pflanz- und Pflanzstätte gehabt hat! Die Gewerkschaften zerstören, heißt nichts anderes, als die Schulen des Kollektivismus zerstören. Was an den Gewerkschaften geändert werden kann und geändert werden wird, das ist, daß sie ihre geistige Tätigkeit entsprechend den Bedürfnissen einer neuen Zeit mehr als bisher auf die notwendig kommenden wirtschaftlichen Probleme einstellen, mit anderen Worten: mehr Erziehungs- und Aufklärungsarbeit für den kommenden Sozialismus leisten müssen. Das ist kein Schulbekenntnis in dem Sinne, daß sie bisher nicht genügend auf diesem Gebiet gearbeitet hätten. Die Gewerkschaften sind geboren aus der täglichen Not und den wirtschaftlichen Bedrängnissen der Arbeiterschaft, und das Arbeitsgebiet, das sie vorgefunden und sich mehr und mehr erschlossen haben, war so groß und gewaltig, daß sie sich mit Fragen, die vor einem halben Jahre noch rein theoretischer Natur waren, nicht so beschäftigen konnten, wie wohl mancher heute meint, daß es hätte geschehen müssen. Trotzdem haben die Gewerkschaften immer im Sinne des Sozialismus gearbeitet. Das gilt sowohl für ihre Unterstützungseinnahmen, die vielfach dem Staate Vorbild gewesen sind, wie für ihre kompliziertesten Tarifverträge, ebenso für ihre Leistungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Sie vor allem sind es gewesen, die den Arbeiter über das Verhältnis von Kapital und Arbeit aufgeklärt, das Arbeitsverhältnis seines scheinpatriarchalischen Charakters entkleidet und es dem Arbeiter so gezeigt haben, wie es ist. Das ist sozialistische Aufklärungsarbeit im besten Sinne des Wortes gewesen. Sie haben also bisher nichts versäumt. Wenn trotzdem heute noch nicht daran gedacht werden kann, den Sozialisierungsprozeß so radikal einzuleiten, wie manche Draufgänger das gern tun möchten, so liegt das wahrlich nicht an den Gewerkschaften, sondern an anderen Dingen, die von anderer Seite oft genug dargelegt worden sind.

Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften neben ihren zweifellos neuen Aufgaben auch ihre alten Arbeiten noch immer in umfangreicher Weise zu erfüllen haben werden. Auf den Unsinn, daß Tarifverträge »Skavenverträge« sind, gehe ich nicht ein. In der Praxis liegen die Dinge so, daß mit der Erschließung der ihnen bisher verschlossenen gewesenen Produktionsgebiete die Tarifverträge für die davon erfassen Arbeiter in der Tat den ersten Schritt zum Sozialismus bedeuten. Die Erziehung und gesetzliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ist nur die gesetzliche Garantie für die tatsächliche Abwertung der Sklavenketten — wenn die Gewerkschaften dahinterstehen.

Jeder nüchtern Denkende, der die Dinge beurteilt, wie sie sind, ist sich darüber klar, daß wir trotz aller spartakistischen Treiberien einmal wieder zu geregelten Zuständen gelangen werden, weil wir dazu gelangen müssen. Und dann wird ein wenn auch langsamer Abbau der heutigen Warenpreise eintreten, dem naturgemäß ein Abbau der Löhne folgen wird, soweit diese den heutigen Verhältnissen annähernd angepaßt werden konnten. Es liegt auch im Interesse der Arbeiterschaft, daß die heutigen anormalen Zustände verschwinden. Möglich ist, daß wir bis dahin noch verschiedene bittere Leidenstationen zu durchschreiten haben, auf jeden Fall aber wird die Zeit kommen, wo wir wieder normale Verhältnisse haben werden; und da dann immer noch sehr viele privalkapitalistische Betriebe in Deutschland bestehen werden, wird es auch dann noch sehr viele Unternehmer geben, die es mit dem Abbau der Löhne, eiliger

haben werden, als nach den tatsächlichen Verhältnissen gerechtfertigt erscheinen dürfte. Und da es voraussichtlich bis dahin auch aufgehört haben wird, daß Maschinengewehre die Stelle der Argumente im wirtschaftlichen Kampfe vertreten, so werden die Gewerkschaften wieder so bedeutungsvolle Aufgaben zu lösen haben wie in der Vergangenheit, und gestützt auf die angefochtene Verordnung der Regierung, werden sie sich dann diesen Aufgaben mit um so größerem Erfolg widmen können.

Also die Frage ist nicht: »Gewerkschaften oder Sozialismus?«, die Devisen muß vielmehr lauten: »Erst recht Gewerkschaften und durch sie zum Sozialismus!« Es ist schon dargelegt worden, daß die Gewerkschaften, um ihre neuen Aufgaben im Dienste des Sozialismus zu erfüllen, den Kreis ihrer Betätigung etwas weiter als bisher abzustrecken haben und das sie das getreu ihrer Tradition auch tun werden. Es kann das noch in anderer Weise geschehen als bisher. Ich denke dabei an Vorgänge, bei denen ich in jüngster Zeit mitzuwirken berufen war. Die Revolution hat den Revolutionsgedanken auch in solche Kreise hineingetragen, die ihm bisher ferngestanden haben. So ist unter anderem ein Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen gegründet worden, wozu die Anregung aus den Kreisen der höheren geistigen Arbeiter dieses Berufs gekommen ist, also, um nur einige Gruppen derselben zu nennen, der freien Schriftsteller, Dramaturgen, Schauspieler, und zwar auch der künstlerisch am höchsten stehenden Einzeldarsteller, der »Stars«. Ich will mich hier über die Zukunftsmöglichkeiten dieser Gewerkschaft nicht auslassen; ich bin mir bewußt, daß der Solidaritätsgedanke gerade bei dem künstlerisch am höchsten stehenden Personal auf die Dauer am schwersten Wurzel schlagen wird, aber das hat nichts mit der Sache zu tun, die uns hier beschäftigt. Der Gedanke, der da von den geistig produzierenden Arbeitern des Berufs zum Ausdruck gebracht worden ist, ist ein guter — das muß rückhaltlos anerkannt werden. Und diesen Gedanken sollte man auch in den Gewerkschaften zu verwirklichen suchen, ganz besonders in denen, die für die Sozialisierung als erste in Frage kommen. Heranziehung aller geistigen Arbeiter des Berufs, vom Erfinder und Ingenieur bis herunter zum letzten Handarbeiter, zu den Gewerkschaften, Vereinigung der heute sich vielfach noch fremd und ablehnend gegenüberstehenden verschiedenen sozialen Gruppen der geistigen und gewerblichen Arbeiter innerhalb der einzelnen Berufe beziehungsweise Industrien — das ist diejenige Art des wirtschaftlichen Sozialismus, den alle wahrhaften Sozialisten und alle Menschen, die guten Willens sind, als Befreiung vom Übel des Kapitalismus betrachten werden. Damit kommen wir wieder auf das in letzter Zeit vielfach zitierte Wort des alten Liebknecht zurück, das, sinngemäß angewandt, in diesem Falle lauten würde: »Selbst wenn es den Spartakisten gelingt, die Gewerkschaften zu übergliedern und zu zerstören — sie müßten von neuem ins Leben gerufen werden im Interesse des Sozialismus.«

Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Siedlungswesen.

In aller Stille, ohne viel Aufhebens, scheint sich jetzt ein Fortschritt von großer grundsätzlicher Bedeutung in unserem Siedlungswesen zu vollziehen. Im Rahmen des Reichsarbeitsamtes ist nämlich jetzt vor kurzem eine besondere Abteilung für »Wohnungs- und Siedlungswesen« gegründet worden, an deren Spitze der neue Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen, Herr Scheidt, steht. Dieser Abteilung ist nun zugewiesen nicht nur die städtische Wohnungsfürsorge, sondern auch die ländliche und das Siedlungswesen überhaupt. Damit ist einmal gesagt, daß nunmehr von oberster Reichsstelle aus eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik in Stadt und Land getrieben werden soll, woran es bislang nur zu sehr gefehlt hat, zum anderen aber ist damit für diese große Aufgabe von Anfang an die notwendige Einheitlichkeit angebahnt — und gerade hierauf ist im Interesse der Sache das allergrößte Gewicht zu legen. Nur bei einem einheitlichen, innerlich übereinstimmenden Vorgehen in Stadt und Land wird es möglich sein, die großen Probleme unseres Siedlungswesens überhaupt in der richtigen, erfolgverheißenden Weise in Angriff zu nehmen, und insbesondere kann es nur bei solcher Einheitlichkeit gelingen, auf die große Frage der richtigen Verteilung der Bevölkerung über das ganze Reichsgebiet allmählich den nötigen Einfluß zu gewinnen. Die Frage aber ist gerade für das neue Deutschland in seinen bedrängten Verhältnissen von der allergrößten Wichtigkeit. Auf der einen Seite bedürfen bei uns beträchtliche dicht bevölkerte Kleinbauernbezirke einer gewissen Entlastung, kraft deren sie ihre überschüssige Bevölkerung abströmen lassen können, auf der anderen aber harrten weite dünnbevölkerte Gebiete des Großgrundbesitzes und der Mooregegenden der Siedlerscharen, die sie zum Vorteil des Gemeinwohls zu neuem Leben und neuer Kraft erwecken sollen. Nicht minder ist ein Ausgleich zwischen nicht-

landwirtschaftlicher und landwirtschaftlicher, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung gerade in der nächsten Zeit dringend notwendig. Infolge der Einwirkungen des Krieges und der Revolution werden Hunderttausende, vielleicht Millionen in den Städten und der Industrie keine Lebensmöglichkeit mehr finden, auf dem Lande aber bietet sich solche durch die geplante großzügige innere Kolonisation und durch den in die Wege zu leitenden allgemeinen intensiveren und modernen Betrieb der Bodenkultur. Endlich müssen aber auch in der Verteilung der städtischen und industriellen, überhaupt der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung über das Staatsgebiet allmählich gewisse Änderungen herbeigeführt werden. Wir wollen und müssen loskommen von der bisherigen einseitigen Zusammendrängung in den Großstädten und der einseitigen Großstadtkultur, auch die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung muß wieder viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und mit der Natur bekommen, das ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Dazu ist aber eine planmäßige, großzügige Dezentralisationspolitik zur Auflockerung der großen Städte und zur Förderung auch der kleineren Orte notwendig. So eröffnen sich Aufgaben über Aufgaben allerwichtigster Art für die neue Abteilung, deren glückliche Lösung von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Landes sein wird. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß die neue Abteilung alle diese Aufgaben mit einem Schläge löst, aber es ist schon etwas Großes, daß nun wenigstens ein planmäßiger Anfang gemacht wird. Für gutes Fortschreiten wollen wir alle herzlich Glück auf den Weg wünschen, denn es sind unser aller Lebensinteressen, um die es sich da handelt.

D. W. A.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Der tarifliche Mindestlohn.

Unser Artikel: »Wie man das Pferd am Schwanz aufzaunt!« hat begreiflicherweise viel Widerspruch hervorgerufen. So sehr wir ihn, trotz aller Kritik, in seinem Gesamtnah aufrechterhalten, eine Schwäche steht in ihm, die wir heute ausgleichen wollen. Wir hatten den Zweck des Artikels, den Punkt, wogegen er ankämpft, zu wenig herausgehoben.

Wies ist der Artikel entstanden? In der Hauptsache auf Grund des Studiums der Anträge, die in den verschiedensten deutschen Städten die Kollegen zum bevorstehenden Tarifabschluß im Steindruckgewerbe gestellt hatten. Dabei bemerkten wir leider, daß mit kaum nennenswerten Ausnahmen nur die Mindestlohnforderung Beachtung gefunden hatte, während alle die vielen für die Zukunft des Gewerbes so enorm wichtigen Bestimmungen meist schweigend übergangen wurden.

»Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles. Ach wir Armen! — Was wir zu bekämpfen suchten, daß waren die ungerechtfertigt hohen Forderungen zum Mindestlohn für Ausgelernte. Denn wenn 60 und 90 Mk. pro Woche als unterster Lohn für den geforderte wird, der eben die Lehre verläßt, dann ist das eine Höhe, die wir auch jetzt noch glauben nicht verantworten zu können. Uns scheint, die Kollegen vergessen dabei, daß ein tariflicher Mindestlohn immer auf einige Jahre festgelegt wird. Wir hoffen doch aber alle, wenn unser Wirtschaftsleben nicht zusammenbrechen soll, daß recht bald die Warenpreise herabgesetzt werden.

Uns ist eben der Wiederaufbau des Gewerbes, die Zukunft der Gehilfen so wichtig, daß wir um ihretwillen augenblickliche, durchaus berechtigte Wünsche der Kollegen gern in Etwas zurückgestellt sehen möchten. Noch einmal, wir halten heute an sich beinahe jede Lohnforderung für ungenügend um die wahrensinnigen Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel damit decken zu können. Doch müssen wir dann auf das Ziel, das Gewerbe konkurrenzfähig zu machen, verzichten. Wir können heute einen auch nur im bescheidensten Maße wirkenden Ausgleich nur für einen Bruchteil der Kollegen herbeiführen, während dabei der größere Teil arbeitslos bleibt.

Das war nie gewerkschaftliche Taktik, das ist keine Solidarität!

Aber alles das richtete und sollte sich nur gegen die jahrelange Festlegung eines Ausgelerntenlohnes richten. Daneben kämpften wir allgemein gegen die Aufstellung von Lohnforderungen in der Höhe wie sie in der Munitionsindustrie gezahlt wurden. Es waren nur seltene Ausnahmen, die wir aber dabei mit treffen wollten. Wir können unsere Industrie nicht mit der Kriegsindustrie vergleichen. In unserem Gewerbe müssen die Preise durch die Konsumenten aufgebracht werden, die Preise der Kriegsindustrieprodukte bezahlte aber das Reich allein, und damit in letzter Linie der Steuerzahler, das deutsche Volk, das die Milliarden für Kriegskosten aufzubringen hat. Unser Gewerbe soll wieder konkurrenzfähig werden, die Kriegsindustrie war Monopolindustrie, hatte nie Konkurrenz zu fürchten.

So lange der Krieg währt, die deutschen Grenzen geschlossen waren, war auch in der

graphischen Industrie ein monopolähnlicher Zustand vorhanden. Kein Mensch kann uns nachweisen, daß wir bis dahin nicht mit der äußersten Energie für Lohnerhöhungen eingetreten sind. Leider ist nicht immer der gewünschte Erfolg dabei eingetreten.

Darum waren wir nicht wenig erstaunt über die unbeabsichtigte Wirkung unseres Artikels, als sich auch Mitgliebschaften darüber beschwerten, denen wir höchstens einen Vorwurf wegen mangelnder Tat- und Kampfkraft zur Durchsetzung annehmbarer Löhne hätten machen können. Wenn uns daneben gesagt wird, daß Unternehmer unseren Artikel gegen berechtigte Forderungen der Gehilfen benutzt haben, so ist das ein Schicksal, gegen das wir ohnmächtig sind. Wir müssen auch dann einmal die Wahrheit sagen dürfen, wenn sie uns soziale Gegner böswillig ausnutzen können, wenn die Wahrheit zu sagen im Interesse des Gesamtgewerbes dringend notwendig erscheint.

Wir bringen im Anschluß daran eine Zuschrift, die uns von der Hamburger Mitgliedschaft gesandt wurde.

Zur Richtigstellung.

Im No. 5 der »Graphischen Presse« vom 31. Januar richtete die Redaktion eine Kritik an die Mitgliedschaften im allgemeinen über die Art, wie sie zur Tarifvorlage Stellung genommen haben. Die Redaktion betont dabei mit Recht, daß es außer der Lohnfrage auch noch Positionen im Tarif gibt, denen eine hervorragende Bedeutung beigemessen werden muß. Wir fragen uns deshalb, wie kommt es, daß unsere Kollegen heute alle wichtigen und vielumstrittenen Fragen in dem Hintergrund drängen und nur für die Lohnfrage Interesse zeigen. Sind unsere Kollegen im Lohn so schlecht gestellt, daß sich alle Wünsche nur auf diese eine Frage konzentrieren. Diese Frage läßt sich ohne statistische Unterlagen nicht im allgemeinen beantworten, aber die einzelnen Mitgliedschaften dürften wohl über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet sein, um dieses psychologische Rätsel aufklären zu können.

Wir möchten, soweit die Hamburger Verhältnisse in Frage kommen, erklären, daß unsere Kollegen in Hamburg die schlechtest bezahlte Arbeiterkategorie sind, ein gewöhnlicher Arbeiter verdient heute mehr wie ein Lithograph oder Steindruckler. Kann man es da den Kollegen verdenken, wenn sie das Bestreben haben, vor allem in der Lohnfrage das zu halten, was sie jetzt haben, wenigstens so lange zu halten, bis die Preise auf dem Warenmarkt sinken?

Denn etwas anderes, lieber Redakteur, haben die Hamburger Kollegen in der Lohnfrage nicht verlangt.

Die Hamburger Kollegen haben verlangt: daß der Mindestlohn 40, 45 und 50 Mk. betragen soll, daß auf diese Löhne eine Teuerungszulage gezahlt werden soll, die in einer Stadt wie Hamburg vorerst nicht unter 50 Proz. betragen soll. Die Mindestlöhne würden danach betragen 60, 67,50 und 75 Mk. bei einem Durchschnittslohn von 76,43 Mk. und bei einem vereinbarten Einstellungslohn von 72,50 Mk. für vollwertige Arbeiter.

Die Redaktion bemerkt hierzu: »Demnach darf man wohl annehmen, daß heute in Hamburg ein Teil Kollegen gerade den von ihnen geforderten Mindestlohn für Ausgelernte erreicht haben, trotzdem sie bereits lange Jahre tätig sind.«

Woraus die Redaktion diese Schlußfolgerungen zieht, ist uns unklar. Es gibt heute überhaupt keinen Kollegen in Hamburg, der einen Lohn von 60 Mk. bezieht. Es gibt nur sieben Kollegen in Hamburg, die 61—65 Mk. inkl. verdienen, alle übrigen verdienen mehr bis zu 115.— Mk. wöchentlich.

Vor dem Kriege betrug der Mindestlohn 24 Mk., der Durchschnittslohn etwa 37 Mk., zwischen beiden eine Spannung von 13,60 Mk. Heute verlangen die Kollegen 60 Mk. Mindestlohn bei einem Durchschnittslohn von 76,43 Mk. eine Spannung von 16,43 Mk.

In einem Beispiel führt die Redaktion an, daß Kollegen 90 Mk. Mindestlohn für Ausgelernte verlangen und zieht die Schlußfolgerung daraus, daß dann ein alter erfahrener Kollege 200 Mk. verdienen müßte. Wo in aller Welt haben denn jemals derartige Spannungen zwischen Mindestlohn und Lohn für gute Kräfte bestanden.

Wir möchten die Redaktion fragen: Haben die Hamburger Kollegen Forderungen gestellt, die sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht vereinbaren? Haben die Hamburger Kollegen in ihren Forderungen nicht ausdrücklich betont, daß der Teuerungszuschlag vorerst bezahlt werden soll, d. h. so lange bis die Warenpreise sinken. Oder verlangt die Redaktion von unseren Kollegen, von den schlechtest bezahlten in Hamburg schon heute eine Herabsetzung des Lohnes, trotzdem noch nicht vorauszusehen ist, ob in Monaten schon eine Preisermäßigung auf dem Warenmarkt stattfindet?

Es liegt doch gewiß nicht an den Löhnen der Kollegen, wenn die Preise für Lichtdruck bei uns 60 bis 70 Prozent höher stehen wie im Ausland.

Unsere Kollegen sind verständlich genug, die Revolution nicht als Lohnbewegung zu benutzen, wohl wissend, daß sie sich zum Schluß dadurch nur selbst schädigen würden. Aber von unseren Kollegen zu verlangen, daß sie Löhne tariflich

festlegen sollen, bei denen sie nicht das nackte Leben fristen können, ist eine Zumutung, die man auch von verständigen Kollegen nicht verlangen darf.

Wir können nicht einsehen, was der liebe Redakteur da falsch gemacht haben soll? Der Durchschnittslohn ist zur Zeit in Hamburg 76,43 Mk., so hatten wir geschrieben, so berichtet auch der Einsender. Der Mindestlohn soll nach den Forderungen der Hamburger betragen im 1. Jahr 72,50 Mk. für vollverthe Arbeiter, also 2,50 Mark weniger als der geforderte Mindestlohn für den im Höchstfall 19jährigen Gehilfen. Wie kann man da behaupten, das sei nur ein Festhalten an dem was besteht? Wenn der im 3. Jahr Ausgelernte 75 Mark bekommen soll, dann darf ich es den alten erprobten Kollegen nicht verbieten, das Doppelte zu verlangen. Spannungen zwischen diesen Kategorien von 100 Proz. haben auch im Frieden allerwärts bestanden.

Wir freuen uns, daß die Hamburger das erreichen können, aber sie sollen uns einen Weg zeigen, wie wir solche Forderungen für ganz Deutschland durchdrücken können. Denn in einer großen deutschen Stadt gab es bis vor wenigen Tagen noch Löhne vereinzelt bis zu 30 Mk., erheblich mehr von 36—38 Mk., in einzelnen Firmen betrug der Durchschnittslohn 43,20 Mk. und in der Stadt der genaueste Durchschnitt ungefähr 53 Mk. In dieser Stadt haben wir durch Eingreifen des Hauptvorstandes wesentliche Verbesserungen erzielt, aber dort arbeiteten vollwertige Arbeitskräfte zu einem Lohn zwischen 40 und 50 Mark.

Wir können keinen Zentraltarif ohne Rücksicht auf die Orte abschließen, in denen hauptsächlich das Exportgewerbe dominiert. Wir rechnen auch damit, daß eine 100prozentige Steigerung der Löhne gegen den Friedenszustand dauernder Zustand bleibt. Wir werden uns auf einen Abbau der jetzigen Löhne auch nicht eher einlassen, als bis die Unternehmer den antilichen Nachweis bringen, daß die Warenpreise erheblich gefallen sind.

„Ein altes Lied vom Zahlen.“

Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß Sie sich mit Ihren Beiträgen nunmehr in so und so viel wöchentlichem Rückstand befinden und Stundung nicht beantragt haben, so lautet der erste Satz auf einem vielen Verbandskollegen wohlbekanntem Formular.

Leider mußte dieses Formular in vielen Mitgliedschaften sehr häufig und oft gebraucht werden, aber es »zog« trotzdem nicht; denn die ständig »faulen Zahler« legten es zu den anderen und hatten weiter ein schwaches Gedächtnis fürs Zahlen.

Oftmals, man kann sagen fast stets sind es ein und dieselben »faulen Kunden«, welche ständig in der Mitgliederliste des Kassierers mit Resten prangen, also mit Ihren Beiträgen im Rückstand sind. Auf diese Kollegen darf man die Worte Goethes zweckmäßig so umändern: »Es erben sich dann Rest auf Reste wie eine ewige Krankheit fort«. Ob sich mancher dieser Kollegen, die mitunter auch noch eine Familie zu ernähren haben, nicht doch auch in einem lichten Augenblick sagen mag, daß es unmöglich so weitergehen kann, daß doch endlich einmal mit den »ewigen« Beitragsresten Schluß gemacht werden muß. Besonders bemerkbar macht es sich bei den Restanten gerade jetzt, während der Zeit der Demobilisation, sowie bei der Entlassung vom Militär. Dann sollen und müssen vor allen Dingen die Bücher in Ordnung sein.

Bei jeder Art Bewegung müßte doch diesen Kollegen die Einsicht kommen, daß sie keinerlei Unterstützung erhalten können, wenn sie ihren Beitrag nicht bezahlt haben. Bei verheirateten Kollegen ist der leidende Teil doch stets die Familie. Wo in diesen enorm teuren Verhältnissen jeder Gräschen hilft und helfen muß. In Krankheitsfällen, bei Arbeitslosigkeit und in anderen Nöten des Lebens ist es doch für solche gleichgültigen Kollegen sehr empfindlich, wenn sie an Unterstützung nichts erhalten können. Und doch sind sie selbst Schuld und nicht der Verband. Dann aber wird gejammert und geklagt, jedoch zu spät, denn nur, wo die Pflichten erfüllt sind, kann von Rechten die Rede sein. Zu wünschen wäre sehr, daß diese wenigen Worte bei den »Restanten« Anklang finden würden und sie sich in Zukunft eines Besseren belehren möchten, dem Kassierer würde ein leichteres Arbeiten und dem Kollegen selbst seine Unterstützung gesichert. G. B., Elberfeld.

Ablehnung der Gehilfenforderungen im Buchbindergewerbe.

Am 29. und 30. Januar d. Js. wurde im Leipziger Buchgewerbehaus verhandelt über Teuerungszulagen für Gehilfen um 20 Mk. und für Arbeiterinnen um 10 Mk. pro Woche. Dazu wurde auch eine

Erhöhung der Akkordpreise um 25 Prozent verlangt und einiges andere. Von Unternehmerseite war verlangt worden, den Ende vorigen Jahres von einer schwach besuchten gemeinsamen Vorstandssitzung gefaßten Beschluß über die 46 stündige wöchentliche Arbeitszeit wieder aufzuheben.

Im auffälligen Gegensatz zu dem Entgegenkommen bei den früheren Anträgen auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stellten sich die Unternehmer diesmal auf einen absolut ablehnenden Standpunkt. Einmal war es der Hinweis auf die allgemeine wirtschaftliche und berufliche Lage, die zugestandenermaßen eine Schlechte ist, mit dem die ablehnende Haltung begründet wurde. Zum anderen waren es die Auftraggeber der Buchbindereien, die einen Druck auf die Unternehmer im graphischen Gewerbe ausüben, um weitere Lohnsteigerungen hintanzuhalten. Audi die Notwendigkeit des Abbaues der Löhne, mit dem die deutsche Industrie jetzt endlich beginnen müsse, wenn sie zur wirtschaftlichen Gesundung kommen wolle, wurde ins Feld geführt. Und nicht zuletzt sollte es auch die Sicherung der Ruhe und Ordnung im Beruf selbst sein, die eine strikte Ablehnung der als maßlos und übertrieben bezeichneten Forderungen der Arbeiterschaft erheische. Ihre Bewilligung vergrößere das Heer der Arbeitslosen, da die Verteuerung der Gesteuerungskosten der buchgewerblichen Erzeugnisse die Buchhändler von jeder weiteren Auftragserteilung abhalten werde. Eine durch Abbau der Löhne dagegen herbeigeführte Verbilligung würde zu erhöhter Auftragserteilung und im Verfolg dessen zu einer Verminderung der Arbeitslosenziffer führen. Obwohl alle Einwände der Unternehmer entkräftet und das Verhalten der Verleger gebührend gekennzeichnet wurde, die sich jetzt nicht scheuten, bewußt mit Aufträgen zurückzuhalten, blieben die Unternehmer bei ihrer strikten Ablehnung. Nur in einigen untergeordneten Punkten zeigten sie sich entgegenkommender.

Der Antrag der Unternehmer auf Abänderung der 46 stündigen Arbeitszeit in eine 48 stündige pro Woche wurde vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt. Er soll später nochmals zur Verhandlung kommen. Es bleibt also bis auf weiteres bei der 46stündigen Arbeitszeit in den Buchbindereien.

Dieses in allen Punkten die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft mißachtende Ergebnis der 1 1/2 tägigen Verhandlungen führte zu einem Abbruch derselben mit einer Erklärung der Arbeitervertreter, in der es heißt: Nachdem die Herren Arbeitgeber bezüglich der Minimallohne für Arbeiter ein zu geringes Entgegenkommen zeigen, bezüglich der Arbeiterinnen jedes Entgegenkommen ablehnen und sich gegenüber der Erhöhung der Teuerungszulagen ebenfalls vollkommen ablehnend verhalten, sind die Vertreter der Arbeiterschaft der Überzeugung, daß weitere Verhandlungen zu keinem Resultat mehr führen. Sie erklären deshalb, das Reichsarbeitsamt als Vermittlungsinstanz anzurufen. Wenn infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer unliebsame Störungen in den Betrieben entstehen, dann trifft die Schuld hierfür in keiner Weise die Arbeiterschaft.

Ortsberichte.

Altenburg, Allgemeine Versammlung. Am 2. Februar fand die erste Versammlung nach dem Kriege statt. Die Kollegen zeigten durch vollzähliges Erscheinen ihr Interesse sowie die alte Treue zum Verbands. Nach kurzen einleitenden Worten des Kollegen Schimmdrich mußte er der Versammlung leider mitteilen, daß Kollege Riehle sein Amt als Kassierer niederlegen wolle. Kollege Riehle hat dieses Amt mehr als 30 Jahre zur vollsten Zufriedenheit der Kollegen in stets gewissenhafter Weise bekleidet. Der Verband und besonders die Zahlstelle Altenburg wissen es ihm zu danken.

Bei Punkt 1 der Tagesordnung, Neuwahlen, wurden die Kollegen Schimmdrich als Vorsitzender, Meiner als Kassierer und Eisold als Schriftführer gewählt. Ebenso wurden Kartelldeligierte und Revisoren gewählt. Unter Punkt 2 gab Kollege Riehle den Kassenabschluß bekannt, wogegen Widerspruch nicht erhoben wurde. Es folgte die Begründung der vom Heeresdienst entlassenen Kollegen. Leider ist es nicht allen ins Feld gezogenen Kollegen vergönnt, zu ihren Lieben heimzukehren. Der nun endlich zum Wohle der gesamten Menschheit gestürzte Moloch »Militarismus« hat auch unter den hiesigen Kollegen vier Opfer gefordert, während ein Kollege immer noch in französischer Gefangenschaft schmachtet. Unter Verschiedenem wurden einige lokale Fragen erledigt und dann auch die Lohnfrage angeschnitten. Hierüber setzte eine sehr rege Aussprache ein. Lebhaft wurde bedauert, daß auch in unserer »Graphischen Presse« gegen Lohnforderungen Einhalt geboten wird, trotzdem ein fortwährendes Steigen der Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel anhält. Da über die stattgefundenen Tarifverhandlungen bis jetzt noch nichts an die Öffentlichkeit gekommen ist, so wurde dem Vorstand der Auftrag erteilt, an den Hauptvorstand mit dem Ersuchen heranzutreten, der Allgemeinheit endlich einen Bericht über die Tarifverhandlungen zu geben. Wie von einem aus Berlin zu Besuch anwesenden

Kollegen mitgeteilt wurde, haben dortige diesbezügliche Anfragen beim Hauptvorstand stets das negative Resultat gehabt, »der Tarif ist in Arbeit« oder »Verhandlungen finden statt«. Es wäre tatsächlich angebracht, der gesamten Kollegenschaft nun endlich einmal einen klaren Bericht über die Tarifverhandlungen zu geben. Denn dreimal wehe dem Arbeiter-Parlament, welches über seine Verhandlungen einen derartigen und undurchdringlichen Schleier breiten wollte. Leider muß aber aus dem Leitartikel in No. 5 der »Graphischen Presse« entnommen werden, als ob nichts rechtens herausbringen wollte und man schon so ziemlich ein deutliches »Abwinken« herauslesen könnte. Ohne etwa die stattfindenden Verhandlungen stören zu wollen, so müssen wir Steindruck- und Lithographen doch allen, vom Schutzverbände kommenden Anregungen mit einem gewissen Mißtrauen begegnen, denn in Güte war bisher mit demselben nichts zu erreichen, außer es wurden ihm die Zähne ordentlich gezeigt. Wollen wir trotzdem hoffen, daß durch die neugeschaffenen Verhältnisse auch der Schutzverband umgelernt hat und er uns Lithographen und Steindruck- nicht nur als Werte schaffende Objekte ansieht, sondern auch uns einen anständigen Platz an der Sonne zukommen läßt. Zugleich wäre es auch angebracht, wenn auch andere Zahlstellen zu dieser Frage Stellung nehmen würden.

Mannheim, Allgemeine Versammlung. Unsere Mitgliederversammlung vom 19. Januar beschäftigte sich unter anderem auch mit Anträgen zu dem bevorstehenden Abschluß des Tarifvertrages im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Der Vorsitzende begrüßte zunächst die vom Felde zurückgekehrten Kollegen, gab dann einen Bericht vom Gewerkschaftskartell, in dessen Sitzung über Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen am Ort beraten wurde. In einer darauf folgenden lebhaften Diskussion über Verbandsangelegenheiten wurde ein Antrag gestellt, daß die arbeitslosen Kollegen, die die Verbands- und die städtische Unterstützung beziehen, auch ihre Verbandsbeiträge zu entrichten haben. Der Antrag wurde sowohl von den Mitgliedern als auch von den Arbeitslosen angenommen. Darauf wurde über den Tarifvertrag im Steindruckgewerbe eingehend beraten und einige besondere Wünsche in Anträgen zusammengefaßt, die angenommen wurden. Unter Verschiedenes wurde ferner beschlossen, die Versammlungen der Mitglieder in Zukunft am letzten Samstag jeden Monats abzuhalten. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten dankte der Vorsitzende für den zahlreichen Besuch und schloß die Versammlung.

Der Lithograph.

Kartographenagitation in Berlin.

Am Mittwoch, den 29. Januar tagte im »Graphischen Vereinshaus« eine Versammlung der Berliner Kartographen. Sie beschäftigte sich mit dem Tarifvertragsgesamt unseres Verbandes. Kollege Seidel berichtete über die Vorlage. In den Vordergrund stellte er die Lohnfrage und er hob hervor, daß der Entwurf den Mindestlohn, wie er gemeinhin verstanden wird, grundsätzlich ablehnt. Der Tarif sieht Anfangslohne für junge Kollegen im ersten, zweiten und dritten Gehilfenjahr vor und gestattet danach der individuellen Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter den weitgehendsten Einfluß auf die Entlohnung. Er empfahl den Kartographen, sich gleichfalls zu diesem Grundsatz zu bekennen, da die Technik des Berufes es nicht erlaube, eine Durchschnittsarbeitsleistung zu ermitteln, die als Grundlage für die Festsetzung eines Mindestlohnes genommen werden könnte. Damit jedoch die relative Freiheit in der Gestaltung der Lohnverhältnisse, die ein solcher Tarifvertrag beiden Teilen gewährt, nicht schädlich wirken könne durch Unterangebote stellungsloser Kollegen, seien Maßnahmen anderer Art nötig. Der Referent forderte die Kollegen zunächst auf, den noch Außenstehenden für den Verband zu gewinnen. Eine geschlossene, wohldisziplinierte Organisation sei der beste Schutz gegen Schutzkonkurrenz und Lohnunterangebot. Ferner empfahl er den Kollegen, bei Stellungswechsel den Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen oder vor der Annahme einer Stellung, die nicht durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden kann, Erkundigungen über die Lohnsätze in der betreffenden Firma beim Verband einzuziehen.

Die gleiche Aufforderung zur gewerkschaftlichen Disziplin, richtet sich an die Kollegen im Reich. Auch sie mögen bei Stellungswechsel nach Berlin nicht versäumen, die notwendigen Erkundigungen bei der Verbandsleitung einzuholen. Das ist um so notwendiger, weil die Berliner Betriebe gegenwärtig sehr schlecht beschäftigt sind. Und in dieser Zeit müßiger Konjunktur waren die Kollegen in einigen Anstalten genötigt, Lohnbewegungen durchzuführen, die zum Teil Erfolg hatten, zum andern Teil noch nicht abgeschlossen sind. Dieser Umstand macht die Wahrung gewerkschaftlicher Disziplin besonders nötig.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß die Berliner Kartographenkommission, die die Leitung der Agitation unter den Berliner Kollegen in der Hand hat, gern bereit ist, mit den Kollegen im Reiche zwecks gegenseitiger Verständigung und Anregung in Verbindung zu treten. Eventuelle Zuschriften zu diesem Zweck, über die sich die Kollegen mit ihren örtlichen Vorständen ins Einvernehmen gesetzt haben, sind an den Kollegen Alex Czede, den Vorsitzenden der Berliner Lithographenfiliale zu richten.

Ein enges Zusammenwirken der Kollegen aus den kartographischen Betrieben im Rahmen einer guten Organisation muß bald zur Tat werden, wenn es uns gelingen soll, die Arbeitsbedingungen in unserem Berufe den Zeitverhältnissen entsprechend zu gestalten. Die Konjunktur im Kartographiegewerbe kann nicht ausbleiben. Es gilt, eine tüchtige, wehrhafte Organisation zu schaffen, damit der kommende Zeitpunkt zur Stabilisierung der Arbeitsbedingungen genutzt werden kann.

Die Berliner Kollegen haben das erkannt. Sie sind nahezu geschlossen organisiert und entschlossen, gestützt auf die Macht des Gesamtverbandes, die engeren Interessen der Kartographenkollegen machtvoll zu fördern. Sie haben sich darum in der Versammlung einstimmig zu den Grundsätzen und Bedingungen des Tarifentwurfs bekannt.

Die photomech. Fächer.

An die Chemigraphenkollegen im Reiche

wende ich mich mit dem Gefühl der Enttäuschung, bedingt durch die Stellungnahme, die sie einnehmen zu den jüngsten Tarifamtsbestimmungen betreffs der zu zahlenden 5 und 7 Mark Teuerungszulage ab 1. Januar 1919.

Ich notiere zunächst die Tatsache, daß diese 5 und 7 Mark nur vom Kreis I gezahlt werden, in allen anderen Kreisen lehnen die Prinzipale die Zahlung ab und die Kollegen — lassen sich diesen Tarifbruch gefallen.

Kollegen, ist das der Dank dafür, daß ihr während der Kriegszeit diesen Tarif, der ausstattet ist mit Bestimmungen für eine normale Zeit, durch eine unnormale Zeit durchgehalten habt? Beseelt nur von dem Gedanken, daß unsere Brüder da draußen bei ihrem Zurückkommen noch einen Tarif vorfinden sollen und daß auch sie Gelegenheit am Neubau oder an der Niederlegung haben müssen.

Bedeutet die Zugeständnisse nichts mehr, die leider einst gemacht wurden, daß Lehrlinge eingestellt werden dürften nach Friedensskalen, bedeuten die bis zur vollständigen Erschöpfung geleisteten Überstunden nichts mehr, die zur Erhaltung der nackten Existenz nötig waren, nur damit der Tarif seine Lohnsätze behalten durfte, die nicht mal einem ungelerten Arbeiter genügt hätten?

Statt dessen gab man uns Brocken, die wir annahmen, Teuerungszulagen genannt; so darben wir uns und die Familie durch den Krieg. Jedes Anrennen gegen den Tarifgedanken wurde zurückgedrängt.

Da bracht das Kriegsende uns die Ereignisse des 9. November, die Heimkehr für viele, nicht für alle; viele unserer Besten mußten den Wahnsinn mit ihrem Leben büßen. Für unsere Berliner Filiale war sofort die Situation klar, mit aller Macht voran zu schreiten zur Erlösung von den unwürdigen tariflichen Verhältnissen.

Eine großzügige Umgestaltung des Tarifgedankens hätte Platz greifen müssen, um der großen Mehrzahl der Berliner Chemigraphen noch einmal einen Tarif annehmbar zu machen. Ein Entwurf dieses Gedankens fand in der Resolution einstimmig Annahme, die in der »Graphischen Presse« Nr. 52, Jahrgang 1918 im Versammlungsbericht der Berliner Chemigraphen zu lesen war. Überzeugt von unserer gerechten Sache hoffen wir, sie zum Siege zu führen. Nicht Phantasieforderungen sind's, nein, nur ein billiger Ausgleich des wirtschaftlichen Druckes, der auf uns in Berlin am schwersten lastet und im Reiche nicht viel geringer ist.

Darum verstehe ich nicht, Kollegen, daß ihr nicht mit aller Energie verlangt, was euch das Tarifamt zugesteht. Ist das der Ausdruck des Willens, auch unseren Beruf so zu gestalten, daß er uns wieder ernährt; denn jetzt können wir davon nicht reden und darum sage ich auch an dieser Stelle: »Sind wir nicht mehr imstande, unsere Existenz mit dem Tarif zu verbessern, so können wir sie ohne Tarif sicher nicht verschlechtern. Ich kenne keinen Menschen, der mit unseren Löhnen gewillt wäre, freiwillig den Lebenskampf aufzunehmen, nur der Zwang des geschriebenen Gesetzes legt uns diese Sisyphusarbeit auf.«

Darum regt euch Kollegen und auch ihr Brüder aus den Gräben. Der Lebenskampf schüttelt und zaust uns hart, seht klar, habt ihr jetzt noch den Wunsch, diesen Tarif zu tragen oder wollt ihr Herz und Arme frei haben, den sprungvollen Entwicklungen der neuen Zeit zu folgen? Nicht verkenne ich die allgemeine wirtschaftliche Not. Kein Unternehmer wird auch jetzt die Absicht haben,

mehr Leute einzustellen als er unbedingt braucht, auch mit dem Tarif nicht. Sollte sich darum ein Überfluß an Arbeitskräften herzustellen, so wird naturgemäß auch mit Tarif eine zeitliche oder dauernde Abwanderung vom Beruf die Folge sein. Für mich ergibt sich als Folgerung nur, los vom Tarif, die Bahn frei zur vollen Auswertung des denkbar Möglichen. Ich hoffe nun, recht bald die Stimmen zu regen und bitte als Unterlage die Resolution der Chemigraphen Berlins an das Tarifamt zu benutzen. G. Jkrow.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigraphen. In der Jahresversammlung vom 16. Januar d. Js. gab zunächst Kollege Friedel einen kurzen Rückblick über die Vorkommnisse der vier Kriegsjahre, damit auch die feldgrauen Mitglieder erfahren, wie es zu Hause ausgesehen habe. Er streifte dabei die Lage des Gewerbes nach Ausbruch des Krieges, die Arbeitslosigkeit der Kollegen, die Berliner Bewegung, unsere Teuerungszulagen, die Verhandlungen mit dem Tarifausschuß und die trostlose Lage des Gewerbes, da weder Reklamesachen noch Postkarten in Auftrag gegeben wurden. Er stellte ferner fest, daß leider 65 unserer Kollegen gefallen, 20 vermißt und 21 gefangen seien, und verlas deren Namen. Hierauf ging er zu dem Jahresbericht über: Verwaltungen-Sitzungen 6, Vertrauensmänner-Sitzungen 4, Werkstatt-Versammlungen 5, Mitgliederversammlungen 3, Ortsvorstandssitzungen 11, Schiedsgerichtssitzungen 2. In Arbeit stehende Gehilfen 347, Halbarbeitende 19, Arbeitslose 116, vorhandene Mitglieder 439, Unorganisierte 25, insgesamt 464 Kollegen. Lehrlinge stehen im ersten Jahre 30, im zweiten 28, im dritten 20, im vierten 20, ausgemerkt 28.

Kollege Majunke berichtet hierauf ausführlich von den Verhandlungen des Tarifausschusses am 27. Dezember 1918 in Berlin. Die Mitglieder haben gegen die Ausführungen nichts einzuwenden. Kollege Friedel verliest darauf die durch die Verwaltung und die Vertrauensleute gestellten Abänderungsanträge zur Tarifgemeinschaft und man beschließt, abzuwarten, bis die gesammelten Abänderungsanträge aller Mitgliedschaften bekannt sind, um in einer späteren Versammlung Stellung dazu zu nehmen. Es geht ein Antrag des Kollegen Dittrich zur Geschäftsordnung ein, den nächsten Punkt zurückzustellen und erst über Punkt 4 zu verhandeln, dem stattgegeben wurde. Friedel gibt Aufschluß über unsere letzten Teuerungszulagen, sowie von der vom Tarifamt nochmals beschlossenen erweiterten Zuwendung von 7 respektiv 12 Mark pro Woche und deren Nichtbezahlung durch die Leipziger Prinzipale. Er gab bekannt, daß die Verwaltung sofort scharfen Protest beim Tarifausschuß dagegen eingelegt habe und fordert nochmals sofortigen Zusammentritt desselben, da sich die Leipziger Kollegenschaft dies nicht gefallen ließe und droht mit weiteren Maßnahmen. Es setzte hierauf eine scharfe und erregte Debatte ein. Kollege Dittrich stellte der Verwaltung ein Mißtrauensvotum aus und bemängelte deren laxen Geschäftsführung. Er verlangt Selbsthilfe bei der jetzigen Lage, eventuelle Beseitigung des Tarifes. Kollege Majunke verwarft sich als Tarifamtsvertreter gegen Maßnahmen zum Tarif und wurde von den Kollegen Herzberg und Umbreit unterstützt. Trotzdem stellt Kollege Dittrich den Antrag, in passive Resistenz einzutreten. Der Antrag wird in geheimer Abstimmung mit 79 gegen 59 Stimmen abgelehnt. 3 Zettel sind weiß.

Kollege Friedel macht weiter bekannt, daß die Firma Hinkel aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten sei. Durch Werkstabenverhandlungen hatten sich 15 Kollegen zum Austritt aus der Firma bereit erklärt, aber in 24 Stunden waren leider die meisten schon wieder umgelaufen und nur sechs Kollegen hielten ihren Austritt aufrecht. Zur Rechtfertigung ihrer Handlung nahmen die Kollegen Eberhardt und Winkler das Wort und es kam nochmals zu sehr scharfen Auseinandersetzungen. Die Sache soll auf Antrag Oest dem Beschwerdemaß zur Prüfung nochmals überwiesen werden. Wegen vorgeschrittener Zeit mußte die Versammlung abgebrochen und deren Fortsetzung auf Freitag, den 25. Januar anberaumt werden.

In der darauffolgenden Versammlung vom 24. Januar d. Js. teilte Kollege Friedel u. a. mit, daß zurzeit in Berlin eine Tarifamtsitzung stattfindet, vermutlich wegen der Nichtbezahlung der erweiterten Teuerungszulage durch die Leipziger Prinzipale. Zur Geschäftsordnung stellt Kollege Teuscher den Antrag, auf den Punkt 4 der letzten Versammlung nochmals zurückzukommen, da durch den Schlußantrag viele Mitglieder überrumpelt worden seien. Derselbe wird unterstützt und steht somit zur Debatte. Teuscher und Dittrich treten nochmals für sofortige Selbsthilfe ein, um die Lage der Kollegen zu verbessern. Sie werden unterstützt von den Kollegen Rosenkranz und Hilbert. Herzberg warnt vor einem übereilten Schritt, sowie auch Kollege Voigt. Letzterer gibt den Standpunkt der Kollegen von Shelter & Giesedke bekannt, erst das Resultat der Tarifamtsitzung abzuwarten. Durch Kollegen Herbst wurde in dieser Sache

durch längere Aufklärung und Beweise Klärung geschafft und man beschloß einstimmig, den Bescheid vom Kollegen Majunke abzuwarten und dann weitere Schritte in dieser Sache zu unternehmen. Zur Neuwahl der Verwaltung wurde eine Wahlkommission eingesetzt. Friedel setzt seine Mitteilungen unterdessen fort und geht nochmals auf den Fall Hinkel ein. Weiter berichtigte er noch über die Ferienfrage. Unter Verschiedenes nimmt niemand das Wort. Der Arbeitsnachweiserwartet gibt sodann seinen Bericht. In der Verwaltung wurden gewählt: Friedel als Vorsitzender und die Kollegen Dittrich, Oest, Otto und Teuscher als Beisitzer.

Mannheim, Chemigraphen. Unsere Versammlung vom 25. Januar d. Js. beschäftigte sich mit Anträgen zur Tarifrevision. Die Anträge wurden vom Kollegen Springer eingehend begründet. Über die Gültigkeitsdauer wurde der Antrag gestellt: bei den schnell ändernden Zeitverhältnissen ist der neue Tarif nur auf ein Jahr abzuschließen. Die Versammlung stimmte diesem Antrag einstimmig zu. Bei der Erörterung über die Ferien wurde eine Staffe lung empfohlen und dieselbe in folgender Form angenommen: Ferientage sind bei Fortzahlung des Lohnes zu gewähren und zwar: nach ein Jahr Beschäftigungsdauer sechs Tage, nach zwei bis drei Jahren Beschäftigungsdauer zehn Tage, und über drei Jahre Beschäftigungsdauer zwölf Tage. — Über die Teuerungszulagen entspann sich eine längere und heftige Debatte; sind doch hier noch Kollegen mit 45 Mk. Wochenverdienst beschäftigt. Es gibt eben Prinzipale, die sich einfach auf die Sätze des bisherigen Tarifs berufen, ohne jede Rücksicht auf die immer noch steigende Teuerung. Man einigte sich auf nachstehenden Antrag: Teuerungszulagen sollen wie im Buchdruckgewerbe mit Staffe lung der Lokalzuschläge erhöht werden. Unter Arbeitszeit kam die Aussprache auf den freien Samstag-Nachmittag. In Berücksichtigung der Tatsache, daß vor dem Kriege schon viele Firmen Samstags und vor gesetzlichen Feiertagen nur vormittags arbeiten ließen, wird für die Zukunft ebenfalls der freie Samstagnachmittag gefordert. Der angenommene Antrag lautete: Die Arbeitszeit darf an Samstagen und am Tage vor den gesetzlichen Feiertagen höchstens fünf Stunden betragen. — Nach Erledigung einiger Ortsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München, Chemigr. und Kupferdrucker. Die Münchener Chemigraphen und Kupferdrucker faßten nach eingehender Beratung am 4. Februar 1919 den Beschluß, der am 18. d. Mts. zusammen tretenden Tarifausschußsitzung ihren Standpunkt wie folgt zur Kenntnis zu bringen: Einmütig stellt sich die Versammlung auf den Boden der Tarifgemeinschaft, da diese für die Lebensfähigkeit des Berufes eine zwingende Notwendigkeit geworden. Die Berufsangehörigen verkenne die Schwierigkeiten des Gewerbes unter den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen nicht und sind bereit, nach ihren Kräften an der Gesundung mitzuwirken. Die Chemigraphen und Kupferdrucker erwarten aber von den berufeten Tarifinstanzen die Erkenntnis, daß die im Berufe tätigen Gehilfen finanziell so gestellt werden müssen, um ihrer Stellung im bürgerlichen Leben gerecht werden zu können. Jahrelang haben sich die Gehilfen mit außergewöhnlichem Opfermut Entbehrungen auferlegt, und sind nach und nach pekuniär unter die Geringstentlohten des Arbeiterstandes gefallen. Die Besserstellung der im Berufe tätigen Gehilfen ist deshalb dringendes Gebot der Stunde, und muß von den Vertretern erwartet werden, daß sie in Konsequenz dieser Erkenntnis alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel prüfen und den Weg beschreiten, der eine Erfüllung der berechtigten Wünsche gewährleistet.

Düsseldorf, Chemigr. Eine am 10. Februar 1919 in Düsseldorf stattgefunden Chemigraphen-Versammlung befaßte sich mit der vom Tarifamt am 16. und 17. Februar einberufenen Tarifausschußsitzung. Die Versammlung legte scharfen Protest gegen die Überrumpelung der Kollegenschaft ein, daß statt einer Chemigraphen-Konferenz eine Tarifausschußsitzung stattfinden soll. Sie erblickt in der Absage der Chemigraphen-Konferenz eine absichtliche Vereitelung unserer gerechten Forderungen. Nachdem der Kreisvertreter bekannt gemacht hatte, daß die Tarifausschußsitzung bis zum 25. Februar verschoben sei, wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Eine am 10. Februar 1919 in Düsseldorf stattgefunden Chemigraphen-Versammlung erblickt in der Einberufung einer Kreis- statt Chemigraphen-Konferenz eine Überrumpelung der Kollegenschaft und fordert erneut die sofortige Einberufung einer Chemigraphen-Konferenz, zwecks sofortiger Revision des Tarifs, zu welcher Delegierte aus dem ganzen Reich hinzugezogen werden müssen.

2. Die Düsseldorfer Chemigraphen erblicken in der Tagesordnung zu der am 25. Februar 1919 stattfindenden Tarifausschußsitzung eine Verschleppung der Forderungen der gesamten Gehilfenschaft. Sie beauftragen den Kreisvertreter des Kreises V, gegen die Tagesordnung Einspruch zu erheben und zu verlangen, daß auf der Ausschußsitzung unsere Forderungen auf Änderung des Tarifs in bezug auf Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Ferienfrage und Lehrlingsfrage zur Verhandlung und Beschluß-

